

SATZUNG

DER

Josef Manner & Comp. Aktiengesellschaft

I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

- (1) Die Aktiengesellschaft führt die Firma „**Josef Manner & Comp. Aktiengesellschaft**“
- (2) Der Sitz der Gesellschaft ist Wien.

§ 2

Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

- (1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet.
- (2) Die Geschäftsjahre entsprechen den Kalenderjahren.

§ 3

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist
 - a) die Erzeugung von Schokolade-, Zucker- und Dauerbackwaren sowie sonstiger Lebensmittel aller Art und aller daraus herzustellenden oder zu deren Herstellung und Vertrieb dienenden Artikel und Materialien, sowie der Handel mit allen sonstigen Fabrikaten für eigene und fremde Rechnung, wie überhaupt der Betrieb aller zur Förderung der gesellschaftlichen Zwecke dienenden Handelsgeschäfte;
 - b) der Ankauf, die Pachtung oder sonstige Erwerbung anderer zur Erzeugung von Schokolade-, Zucker- und Dauerbackwaren, sowie sonstiger Lebensmittel aller Art dienenden Unternehmungen, sowie der Neubau derartiger Anlagen;

- c) die elektronische Datenverarbeitung, das ist die automatische Verarbeitung von Daten mittels elektronischer programmgesteuerter Rechenanlagen auf Grund eigener Daten und Programme oder solcher, die von dritter Seite beigestellt werden; die zeitliche beschränkte entgeltliche Überlassung elektronischer Rechenanlagen zur Benützung durch Dritte; die Erstellung, Vermietung und Veräußerung von Programmen (software); die entgeltliche Beratung von Kunden über die elektronische Speicherung von Daten sowie deren Zusammenfassung in Programmen zur weiteren Benützung durch die elektronische Datenverarbeitung; der Handel mit, sowie die Vermietung von Datenverarbeitungsanlagen (Hardware) sowie der zugehörigen Programme (software) samt allen Dienstleistungen in der automatischen Datenverarbeitung und Informationstechnik;
 - d) das Gewerbe der Kraftfahrzeugelektriker und Kraftfahrzeugmechaniker;
 - e) das Gewerbe der Spediteure und der Frachtenreklamation sowie das konzessionierte Gewerbe der Güterbeförderung mit Kraftfahrzeugen;
 - f) das Gastgewerbe;
 - g) die Elektroinstallation der Unter- und Oberstufe sowie das Gewerbe der Elektromechaniker und Elektromaschinenbauer; das Spenglergewerbe, das Schlossergewerbe, einschließlich der Gitterstricker; das Tischlergewerbe, das Gewerbe der Maler und Anstreicher sowie der Maler für Industrieerzeugnisse; das Baumeistergewerbe sowie das Gewerbe der Zimmer-, Steinmetz- und Brunnenmeister; die Gas- und Wasserleitungsinstallation sowie das Glasergewerbe.
- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, im In- und Ausland Zweigniederlassungen zu errichten, sich an anderen Unternehmen im In- und Ausland zu beteiligen, solche Unternehmen zu erwerben, zu errichten und zu veräußern sowie alle Geschäfte einschließlich Interessensgemeinschaften einzugehen, die geeignet sind, mittelbar oder unmittelbar die Interessen der Gesellschaft zu fördern; Bankgeschäfte sind ausgenommen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, personenbezogene Daten automationsunterstützt zu ermitteln und zu verarbeiten.

§ 4 Veröffentlichung

Veröffentlichungen der Gesellschaft erfolgen, soweit und solange auf Grund des Aktiengesetzes zwingend erforderlich im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“. Im Übrigen erfolgen Veröffentlichungen der Gesellschaft entsprechend den jeweils anzuwendenden Rechtsvorschriften.

Gelöscht: Die

Gelöscht: in der "

II. KAPITALAUSSTATTUNG

§ 5 Grundkapital

Satzung der Josef Manner & Comp. AG
(Entwurf für Änderung der Version: 08. Juni 2009)

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt EUR 13,740.300,-- (Euro dreizehn Millionen siebenhundertvierzigtausenddreihundert).
- (2) Es ist zerlegt in 1,890.000 (eine Million achthundertneunzigtausend) auf Inhaber lautende Stückaktien mit Stimmrecht.
- (3) Der Vorstand ist ermächtigt, bis einschließlich 30. Juni 2014
 - a) das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrates um insgesamt höchstens EUR 6.870.150,00 durch Ausgabe von bis zu 945.500 Stück auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stückaktien gegen Bareinlagen oder gegen Sacheinlagen einmal oder mehrmals zu erhöhen,
 - b) hiebei mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Bezugsrecht der Aktionäre gegebenenfalls ausschließlich dann auszuschließen, wenn das Grundkapital gegen Sacheinlagen von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland erhöht wird, sowie
 - c) mit Zustimmung des Aufsichtsrates den Ausgabebetrag sowie die sonstigen Ausgabebedingungen festzusetzen (genehmigtes Kapital).

Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung der Gesellschaft, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.

§ 6 Aktien

Aktien aus künftigen Kapitalerhöhungen lauten auf Inhaber.

§ 7 Aktienurkunden

- (1) Form und Inhalt der Aktienurkunden sowie der Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine setzt der Vorstand fest; das gleiche gilt für Zwischenscheine, Teilschuldverschreibungen, Zins-, Erneuerungs- und Optionsscheine, Partizipationsscheine, und andere von der Gesellschaft auszugebende Wertpapiere.
- (2) Sofern dies gesetzlich zulässig ist, können die von der Gesellschaft ausgegebenen Wertpapiere auch durch Sammelurkunden dauernd vertreten werden. Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile sowie etwaiger Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine ist ausgeschlossen.

Gelöscht: Ein

Gelöscht: Einzelverbriefung der Aktien

III. VORSTAND

§ 8

Satzung der Josef Manner & Comp. AG
(Entwurf für Änderung der Version: 08. Juni 2009)

Zahl der Vorstandsmitglieder und Aufgaben des Vorstandes

- (1) Der Vorstand besteht aus einer, zwei, drei, vier, fünf oder sechs Personen. Der Aufsichtsrat kann ein Mitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes bestimmen.
- (2) Der Aufsichtsrat hat die Verteilung der Geschäfte im Vorstand und die Geschäfte, die - zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Fällen (§ 95 Absatz (5) AktG) - seiner Zustimmung bedürfen, zu bestimmen; soweit dies gesetzlich vorgesehen ist (§ 95 Absatz (5) Z. 1, 2, 4, 5 und 6 AktG), hat der Aufsichtsrat die Betragsgrenzen festzulegen, bis zu welchen die Zustimmung des Aufsichtsrates nicht erforderlich ist. Der Aufsichtsrat hat eine Geschäftsordnung für den Vorstand zu erlassen.

§ 9

Vertretung und Geschäftsführung der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam, durch ein Vorstandsmitglied gemeinsam mit einem Prokuristen oder im Rahmen ihrer gesetzlichen Vertretungsbefugnisse durch zwei Prokuristen gemeinsam vertreten.
- (2) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
- (3) Hat der Aufsichtsrat ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstandes bestellt, so gibt bei Stimmengleichheit seine Stimme den Ausschlag.

IV. AUFSICHTSRAT

§ 10

Mindestzahl und Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei, höchstens jedoch zwölf von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern.
- (2) Die Aufsichtsratsmitglieder werden, falls sie nicht für eine kürzere Funktionsperiode gewählt werden, für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung gewählt, die über ihre Entlastung für das zweite Geschäftsjahr nach der Wahl beschließt; hiebei wird das Geschäftsjahr, in dem gewählt wird, nicht mitgerechnet. Die Ausscheidenden sind sofort wieder wählbar.
- (3) Scheiden Mitglieder vor dem Ablauf der Funktionsperiode aus, so bedarf es der Ersatzwahl erst in der nächsten ordentlichen Hauptversammlung. Eine Ersatzwahl durch eine außerordentliche Hauptversammlung ist jedoch ungesäumt vorzunehmen, wenn die Zahl der von der Hauptversammlung gewählten Aufsichtsratsmitglieder unter drei sinkt.

- (4) Ersatzwahlen erfolgen auf den Rest der Funktionsperiode des ausgeschiedenen Mitgliedes. Wird ein Mitglied des Aufsichtsrates durch eine außerordentliche Hauptversammlung gewählt, gilt sein erstes Amtsjahr mit dem Schluß der nächsten ordentlichen Hauptversammlung als beendet.
- (5) Jedes Mitglied des Aufsichtsrates kann sein Amt unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist auch ohne wichtigen Grund mit schriftlicher Anzeige an den Vorstand oder an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, im Falle seiner Verhinderung an einen Stellvertreter, niederlegen.
- (6) Jedes Aufsichtsratsmitglied erhält Ersatz der bei der Ausübung seiner Tätigkeit erwachsenen Fahrt- und Reisekosten. Durch Beschluss der Hauptversammlung kann ihnen ferner eine angemessene Vergütung zuerkannt werden, deren Höhe die Hauptversammlung bestimmt.

§ 11

Vorsitzender des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat wählt in einer im Anschluß an jene ordentliche Hauptversammlung, in der nach Ablauf der Funktionsperiode (§ 10 Absatz (2)) die Mitglieder des Aufsichtsrates neu gewählt worden sind, abzuhaltenden Sitzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und mindestens einen Stellvertreter; zu dieser Sitzung bedarf es keiner besonderen Einladung.

Wenn der Vorsitzende oder sämtliche Stellvertreter aus dieser Funktion ausscheiden, ist eine Ersatzwahl unverzüglich vorzunehmen.

- (2) Erhält bei einer Wahl niemand die absolute Mehrheit, so erfolgt eine Stichwahl zwischen den zwei Personen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit ist die Stichwahl jeweils zu wiederholen; dies, bis eine Person die Mehrheit erhält.
- (3) Bis zum Abschluß der Wahl behält der bisherige Vorsitzende seine Funktion als Leiter der Sitzung. Ist der bisherige Vorsitzende verhindert oder aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden, obliegt die Funktion als Leiter der Sitzung einem seiner bisherigen Stellvertreter oder dem an Lebensjahren ältesten bisherigen Aufsichtsratsmitglied.

§ 12

Sitzungen des Aufsichtsrates

- (1) Der Aufsichtsrat hat sich seine Geschäftsordnung selbst zu geben.
- (2) Zu den Sitzungen des Aufsichtsrats beruft der Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung ein Stellvertreter, die Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift schriftlich, telefonisch, per E-Mail oder per Telefax ein.

Gelöscht: brieflich, telegraphisch oder fernschriftlich

- (3) Der Aufsichtsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens drei von der Hauptversammlung gewählte Mitglieder anwesend sind. Der Vorsitzende, im Falle seiner Verhinderung ein Stellvertreter, leitet die Sitzung. Die Art der Abstimmung bestimmt der Leiter der Sitzung.
- (4) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Sitzung.
- (5) Ein Aufsichtsratsmitglied kann ein anderes Aufsichtsratsmitglied schriftlich ermächtigen, an seiner Stelle seine schriftliche Stimmabgabe zu überreichen.
- (6) Ein Aufsichtsratsmitglied kann ein anderes Aufsichtsratsmitglied schriftlich mit seiner Vertretung bei einer einzelnen Sitzung betrauen; das vertretene Aufsichtsratsmitglied ist bei der Feststellung der Beschlußfähigkeit einer Sitzung (Absatz (3)) nicht mitzuzählen. Das Recht, den Vorsitz zu führen, kann nicht übertragen werden.
- (7) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrates ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Leiter der Sitzung zu unterzeichnen ist.
- (8) Beschlüsse können auch auf schriftlichem Wege gefaßt werden, wenn der Vorsitzende, oder im Falle seiner Verhinderung, ein Stellvertreter aus besonderen Gründen eine solche Beschlußfassung anordnet und kein Mitglied des Aufsichtsrats ausdrücklich diesem Verfahren widerspricht. Für die schriftliche Stimmabgabe gelten die Bestimmungen des Absatzes (4) entsprechend. Die Vertretung nach Absatz (6) ist bei Beschlußfassung durch schriftliche Stimmabgabe nicht zulässig.
- (9) Beschlüsse können auch per Telefax oder per E-Mail gefasst werden, wobei die Unterschrift des Aufsichtsratsmitglieds auf dem Beschlussformular ersichtlich sein muss; zu diesem Zweck ist eine Stimmabgabe per E-Mail das unterschriebene Beschlussformular beispielsweise als PDF anzuschließen. Im Übrigen gelten die Bestimmungen gemäß Abs (3) und Abs (8).

§ 13

Willenserklärungen des Aufsichtsrates

Willenserklärungen des Aufsichtsrates sind vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates, im Falle seiner Verhinderung von einem Stellvertreter, abzugeben.

§ 14

Satzungsänderungen durch den Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen.

V. HAUPTVERSAMMLUNG

§ 15 Ort und Einberufung

- (1) Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand oder den Aufsichtsrat einberufen.
- (2) Die Tagesordnung der ordentlichen Hauptversammlung hat zu enthalten:
 - a) Die Vorlage des Jahresabschlusses samt Lagebericht, des Corporate-Governance-Berichts, des allfälligen Konzernabschlusses samt Konzernlagebericht, des Vorschlags für die Gewinnverwendung und des vom Aufsichtsrat erstatteten Berichts, sowie allenfalls die Feststellung des Jahresabschlusses in dem vom Gesetz vorgesehenen Fällen,
 - b) die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns, wenn im Jahresabschluss ein solcher ausgewiesen ist,
 - c) die Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands und der Mitglieder des Aufsichtsrats,
 - d) die Wahl des Abschlussprüfers.
- (3) Die Hauptversammlungen werden am Sitz der Gesellschaft oder in einer österreichischen Landeshauptstadt abgehalten.
- (4) Die Einberufung der ordentlichen Hauptversammlung ist spätestens am 28. Tag vor der Hauptversammlung bekannt zu machen.
- (5) Die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung ist spätestens am 21. Tag vor der Hauptversammlung bekannt zu machen.
- (6) Die Bekanntmachung der Einberufung hat durch Veröffentlichung gemäß § 4 der Satzung zu erfolgen.
- (7) Solange die Gesellschaft im Sinne von § 3 AktG börsennotiert ist, ist die Einberufung auch in einer Form gemäß § 107 Abs 3 AktG bekannt zu machen.

Formatiert: Listenabsatz, Einzugs:
Links: 0,8 cm, Hängend: 2 cm,
Abstand Vor: 6 pt, Nummerierte Liste
+ Ebene: 1 +
Nummerierungsformatvorlage: a, b, c,
... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung:
Links + Ausgerichtet an: -0,66 cm +
Einzug bei: -0,03 cm

Formatiert: Schriftart: Arial, 12 pt

Gelöscht: unter Bedachtnahme auf
die Bestimmungen des § 16 zu
veröffentlichen

§ 16 Teilnahmeberechtigung an der Hauptversammlung

- (1) Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts und der übrigen Aktionärsrechte, die im Rahmen der der Hauptversammlung geltend zu machen sind, sind nur solche Aktionäre berechtigt, die ihren Anteilsbesitz zum Ende des zehnten Tages vor der Hauptversammlung (Nachweisstichtag) nachweisen.
- (2) Bei depotverwahrten Inhaberaktien genügt für den Nachweis des Anteilsbesitzes am Nachweisstichtag eine Depotbestätigung gemäß § 10 a AktG, die der

Gelöscht: sind, wenn Aktien
ausgegeben sind, nur die Aktionäre
berechtigt, die bei der Gesellschaft
selbst, bei einem österreichischen
öffentlichen Notar, bei der
Hauptniederlassung einer
inländischen Bank, bei den in der
Einberufung zur Hauptversammlung
bestimmten anderen in- und
ausländischen Kreditunternehmen
innerhalb der sich aus Absatz (2)
ergebenden Frist während der
Geschäftsstunden ihre Aktien bis zur
Beendigung der Hauptversammlung
hinterlegen.

Gesellschaft spätestens am dritten Werktag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen muss.

- (4) Nicht depotverwahrte Inhaberaktien können der Gesellschaft selbst an ihrem Sitz vorgelegt werden wobei dies so rechtzeitig zu geschehen hat, dass sich die Gesellschaft davon überzeugen kann, dass der Anteilsbesitz am Nachweisstichtag gegeben ist. In gleicher Weise genügt die schriftliche Bestätigung eines österreichischen öffentlichen Notars, wenn dieser den Anteilsbesitz zum Nachweisstichtag bestätigt. Die notarielle Bestätigung muss der Gesellschaft spätestens am dritten Werktag vor der Hauptversammlung unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse zugehen.

§ 17

Vorsitz in der Hauptversammlung

- (1) Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrates oder einer seiner Stellvertreter. Für den Fall, dass keiner dieser Personen den Vorsitz übernimmt, hat der die Hauptversammlung beurkundende Notar die Versammlung bis zur Wahl eines Vorsitzenden zu leiten.
- (2) Der Versammlungsleiter regelt den Ablauf der Hauptversammlung. Er bestimmt die Reihenfolge der Redner und der Behandlung der Tagesordnungspunkte und kann, soweit gesetzlich zulässig, über die Zusammenfassung von sachlich zusammengehörigen Beschlussgegenständen zu einem Abstimmungszeitpunkt entscheiden und angemessene Beschränkungen der Redezeit, der Fragezeit oder der zusammengenommenen Rede- und Fragezeit für den ganzen Hauptversammlungsverlauf, für einzelne Gegenstände der Tagesordnung und für einzelne Redner zu Beginn oder während des Verlaufs der Hauptversammlung festlegen sowie, soweit dies für eine ordnungsgemäße Durchführung der Hauptversammlung erforderlich ist, den Schluss der Debatte anordnen.
- (3) Die Form der Ausübung des Stimmrechts und das Verfahren zur Stimmenauszählung bestimmt der Vorsitzende.

§ 18

Stimmrecht

- (1) Jede Stückaktie gewährt eine Stimme.
- (2) Die Ausübung des Stimmrechts durch Bevollmächtigte ist nur mit schriftlicher Vollmacht, die von der Gesellschaft zurückzubehalten ist, möglich.
- (3) Sofern das Gesetz nicht zwingend eine andere Mehrheit vorschreibt, beschließt die Hauptversammlung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen.
- (4) Wenn bei Wahlen des Aufsichtsrates im ersten Wahlgang keine einfache Mehrheit erzielt wird, so findet die engere Wahl zwischen den beiden Bewerbern statt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende der Versammlung.

Gelöscht: Die Hinterlegung von Aktien hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß zwischen dem Tag der Hinterlegung und dem Tag

Gelöscht: mindestens drei Werktage frei bleiben; für die Hinterlegung müssen dem Aktionär mindestens vierzehn Tage seit der Einberufung zur Verfügung stehen, wobei der Tag der Veröffentlichung nicht mitgerechnet wird; fällt der letzte Tag dieser Frist auf einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag, so muß auch noch der folgende Werktag zur Hinterlegung zur Verfügung stehen. Nicht als Werktag, sondern als Feiertag gelten im Sinne dieser Bestimmungen auch die Samstage, der Karfreitag und der 24. Dezember

Gelöscht: Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien (Zwischenscheine) mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle gemäß Absatz (1) für sie bei anderen Kreditunternehmen bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperredepot gehalten werden. ¶
<#>Die Hinterlegungsstellen haben die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen. ¶
Sind Aktien nicht ausgegeben, so ist bei der Einladung zur Hauptversammlung bekanntzugeben, unter welchen Voraussetzungen die Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung zugelassen werden. Soweit Zwischenscheine ausgegeben wurden, genügt für die Teilnahmeberechtigung an der Hauptversammlung, daß die im Aktienbuch eingetragenen Inhaber der Zwischenscheine sich rechtzeitig (... [1]

Gelöscht: Ist

Gelöscht: von

Gelöscht: n

Gelöscht: erschienen oder zur Leitung der Versammlung bereit, so leitet

Gelöscht: zur Beurkundung beigezogene

Gelöscht: .

Formatiert: Schriftart: Arial, 12 pt

Formatiert (... [2]

Gelöscht: Vorsitzende

Formatiert: Schriftart: Arial, 12 pt

Formatiert: Schriftart: Arial, 12 pt

Gelöscht: leitet die Verhandlungen und bestimmt die Reihenfolge (... [3]

Formatiert: Schriftart: Arial, 12 pt

Formatiert: Schriftart: Arial, 12 pt

VI. JAHRESABSCHLUSS UND GEWINNVERTEILUNG

§ 19 Jahresabschluss

- (1) Der Vorstand hat in den ersten fünf Monaten eines jeden Geschäftsjahres für das vorangegangene Geschäftsjahr den um den Anhang erweiterten Jahresabschluss, einen Lagebericht sowie einen Corporate-Governance-Bericht aufzustellen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht sowie der Corporate-Governance-Bericht sind von sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes zu unterzeichnen.
- (2) Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat die Unterlagen gemäß § 222 Abs1 UGB und, wenn der Jahresabschluss einen Bilanzgewinn ausweist, einen Vorschlag für die Gewinnverwendung vorzulegen. Der Aufsichtsrat hat diese Unterlagen innerhalb von zwei Monaten nach Vorlage zu prüfen, sich gegenüber dem Vorstand darüber zu erklären und einen Bericht an die Hauptversammlung zu erstatten.
- (3) Billigt der Aufsichtsrat den Jahresabschluss, so ist dieser festgestellt, wenn sich nicht Vorstand und Aufsichtsrat für eine Feststellung durch die Hauptversammlung entscheiden.

Gelöscht: Innerhalb der

Gelöscht: hat der Vorstand

Gelöscht: vergangene

Gelöscht: &

Gelöscht: und

Gelöscht: den um den Anhang erweiterten Konzernabschluß und den Konzernlagebericht nach Prüfung durch den Abschlußprüfer sowie den Vorschlag für die Gewinnverteilung dem Aufsichtsrat vorzulegen.

§ 20 Gewinnverwendung

- (1) Die Hauptversammlung beschließt alljährlich über die Verwendung des Bilanzgewinnes. Die Hauptversammlung kann den Bilanzgewinn entgegen dem Vorschlag für die Gewinnverteilung ganz oder teilweise von der Verteilung ausschließen. Die Änderungen des Jahresabschlusses, die hierdurch nötig werden, hat der Vorstand vorzunehmen.
- (2) Die Gewinnanteile der Aktionäre werden im Verhältnis der Stückaktien verteilt.
- (3) Bei Ausgabe neuer Aktien kann eine andere Gewinnberechtigung festgesetzt werden.
- (4) Die Gewinnanteile sind, falls die Hauptversammlung nichts anderes beschlossen hat, dreißig Tage nach der Abhaltung der Hauptversammlung zur Zahlung fällig.
- (5) Dividenden der Aktionäre, die durch drei Jahre nicht behoben werden, verfallen zu Gunsten der freien Rücklage der Gesellschaft.

Gelöscht: <#>Die Hauptversammlung beschließt alljährlich in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres über die Verteilung des Bilanzgewinns, die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats, die Wahl des Abschlußprüfers und in den im Gesetz vorgesehenen Fällen über die Feststellung des Jahresabschlusses (ordentliche Hauptversammlung).¶

Gelöscht: teilung

Gelöscht: teilung

§ 21 Sprachregelung

- (1) Depotbestätigungen müssen in deutscher oder englischer Sprache erfolgen.

- (2) Ebenso sind rechtswirksam schriftliche Mitteilungen von Aktionären bzw. von Kreditinstituten in deutscher oder englischer Sprache zu richten.
- (3) Die Verhandlungssprache in der Hauptversammlung ist Deutsch.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn Aktien (Zwischenscheine) mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle gemäß Absatz (1) für sie bei anderen Kreditunternehmen bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Die Hinterlegungsstellen haben die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Sind Aktien nicht ausgegeben, so ist bei der Einladung zur Hauptversammlung bekanntzugeben, unter welchen Voraussetzungen die Aktionäre zur Teilnahme an der Hauptversammlung zugelassen werden. Soweit Zwischenscheine ausgegeben wurden, genügt für die Teilnahmeberechtigung an der Hauptversammlung, daß die im Aktienbuch eingetragenen Inhaber der Zwischenscheine sich rechtzeitig, das heißt, bis zu jenem Tag, welcher für die Hinterlegung der Aktien gemäß § 17 Abs. 2 erforderlich ist, schriftlich bei der Gesellschaft anmelden.

⁽⁴⁾

Listenabsatz, Nummerierte Liste + Ebene: 1 + Nummerierungsformatvorlage: 1, 2, 3, ... + Beginnen bei: 1 + Ausrichtung: Links + Ausgerichtet an: 0 cm + Einzug bei: 0,8 cm

leitet die Verhandlungen und bestimmt die Reihenfolge der Gegenstände der Tagesordnung sowie die Art der Abstimmung.

⁽¹⁾